Bitte mehr davon, Herr Lindner!

Die Pläne des Finanzministers zur **Steuerentlastung** lobt Volker Nies

Die Reflexe bei SPD und Grünen funktionieren: Kaum will FDP-Finanzminister Christian Lindner Steuerzahler entlasten, schreien Rot und Grün Zeter und Mordio. Sie klagen, Gutverdiener würden bei der vorgeschlagenen Entlastung mehr raus bekommen als Geringverdiener. Die Beobachtung stimmt, aber wer das kritisiert, der hat das Prinzip der deutschen Steuertarife nicht verstanden: Wer ein höheres Einkommen hat, der zahlt einen höheren Steuersatz und kann deshalb auch mehr entlastet werden. Prozentual gesehen aber profitieren die Geringverdiener bei Lindners Vorschlag am meisten.

Trotz der Kritik aus den Reihen der Koalition: Der Finanzminister liegt vollkommen richtig mit seinem Vorstoß, die deutschen Steuerzahler im nächsten Jahr um zehn Milliarden Euro entlasten zu wollen. Denn der Vorschlag des FDP-Chefs nimmt die Menschen in den Blick, die jeden Tag aufstehen, hart arbeiten und mit ihrem Einsatz und ihren Steuern und Sozialabgaben den Laden am Laufen halten.

Nicht nur Geringverdiener, auch die Bezieher mittlerer Einkommen leiden massiv unter den gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten. Doch die Regierungsparteien schauen derzeit vor allem darauf, wie sie die Bezieher von Hartz IV vor den Stürmen der Inflation schützen können. Doch für sie übernimmt ohnehin der Staat die Kosten von Wohnung und Heizung.

Unter Druck stehen jetzt vor allem die Arbeitnehmer in der Mitte der Gesellschaft. Ihre Belastung durch Steuern und Abgaben ist heute eine der höchsten in Europa. Auf diese schon länger bestehende Rekordbelastung durch den Staat kommen jetzt die explodierenden Energiepreise. Doch daran, dass Deutschland bei der Belastung seiner Bürger zu Europas Spitze gehört, würde sich selbst dann, wenn die komplette Koalition Lindners Vorschläge unterstützen würde, nicht einmal viel ändern. Denn Bund und Länder profitieren von der Inflation. Sie planen im kommenden Jahr Rekordeinnahmen ein: Bürger und Betriebe werden 2023 so hohe Steuern zahlen wie nie zuvor. Auch die Sozialabgaben werden ein Rekordniveau erreichen, weil die Krankenkassenbeiträge spürbar steigen.

Wenn die Koalition die Arbeitnehmer wirklich entlasten wollte, dann müsste sie die Steuersätze also noch stärker senken, als Lindner es jetzt vorschlägt. Aber wahrscheinlich wird die Ampel den Vorschlag zerreden – wie so viele andere Dinge in diesem Sommer.

Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Nicht über die Rentenkasse

Claus Schöner zu **Ehrenamtlern**

Ohne Ehrenamtliche wäre Deutschland ärmer und kälter. Sie sind es, die die Gesellschaft zusammenhalten. Sie packen an. Hören zu. Sind da, wenn es brennt. Wenn Mitmenschen in Not sind. Hilfe brauchen. Nicht weiter wissen. Nicht in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten. Wenn der Staat seiner Verantwortung nicht gerecht wird oder sich aus der Daseinsvorsorge zurückgezogen hat. Sie geben Menschen Halt.

Es ist deshalb richtig, wenn Innenministerin Nancy Faeser darüber nachdenkt, wie man denen etwas Gutes tun kann, die das viele Jahre lang getan haben. Herausragendes Engagement mit einem um ein Jahr früheren Renteneintritt zu vergelten, wäre allerdings der falsche Weg. Es passt nicht in eine Zeit, in der der Fachkräftemangel wächst. Es sollten andere Möglichkeiten gefunden werden, Dankbarkeit stärker zu zeigen. Über Steuern oder Vergünstigungen.

Russland schafft im Osten Fakten

Marcus Sauer zum **Ukraine-Krieg**

Russland ist dabei, im Osten der Ukraine Fakten zu schaffen. Dazu gehört auch der Anschluss des Stromnetzes der Krim an das Atomkraftwerk Saporischschja. Derzeit machen sich offenbar russische Soldaten an der Anlage zu schaffen. Man kann nur hoffen, dass bei dem Unterfangen nichts schiefgeht. Dass das Kraftwerk in den vergangenen Tagen unter Beschuss geraten ist, ist alarmierend. Weder Russland noch die Ukraine kann daran interessiert sein, dass es zu einer Havarie kommt. Die Folgen könnten für ganz Europa furchtbar sein.

Derweil hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj offenbar erstmals Ziele auf der Krim attackiert. Dass dort Munition falsch gelagert wurde und in die Luft geflogen ist, glaubt niemand. Selenskyj will mit dem Angriff den Preis für die Schwarzmeer-Halbinsel in die Höhe treiben. Und er bekräftigt Kiews Anspruch auf das Gebiet.

Eine Gefahr für die Demokratie

Céline Wendelgaß

In ihrer digitalen Ausstellung „matter of fact – Warum wir an Verschwörungstheorien glauben wollen“ bündelt die Bildungsstätte Anne Frank Wissen rund um Verschwörungstheorien.

Verschwörungstheorien haben Hochkonjunktur. Ein Drittel der Deutschen glaubt an sie. Die Coronapandemie hat sich als Nährboden für Fake News und krude Ideen über konspirative Komplotte erwiesen – die Verbreitung antisemitischer und rassistischer Ressentiments inklusive. Die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft der Anhängerinnen und Anhänger hat gezeigt, dass Verschwörungstheorien sich keinesfalls als bloße „Spinnereien“ abtun lassen, sondern eine echte Bedrohung für die Demokratie darstellen und als Radikalisierungsbeschleuniger fungieren.

Verschwörungstheorien bieten vermeintlich einfache Lösungen für Probleme einer chaotischen und von Widersprüchen gezeichneten Wirklichkeit. Sie haben meist einen antisemitischen Kern und – sind ein typisches Krisenphänomen. So schürt zum Beispiel auch die russische Regierung im Kontext des Ukraine-Krieges unterschiedliche Verschwörungsnarrative, wie etwa den von der „Entnazifizierung“ des Landes. Die Invasion wird von Wladimir Putin kurzum zur „militärische Spezialoperation“ deklariert. Russische Medien werden dabei gezielt zur Desinformation der Bevölkerung eingesetzt. Und längst kündigt sich mit dem Klimawandel die nächste globale Krise an. Verschwörungstheorien werden also eher immer mehr statt weniger.

Die Gastautorin ist Bildungsreferentin und Leiterin des Projektes „Radikale Reflexion“, aus dem die Ausstellung der Bildungsstätte Anne Frank hervorgegangen ist.

Um uns dafür zu wappnen, brauchen wir eine Doppelstrategie: Einerseits gilt es klare Grenzen zu setzen – kein Verständnis für jene, die sich entscheiden, einen antidemokratischen Weg einzuschlagen und rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren zu folgen. Andererseits dürfen wir auch nicht im vorauseilenden Gehorsam die offene Debatte über zentrale gesellschaftspolitische Streitfragen verstummen lassen. Im Gegenteil: Über Freiheitskonzepte, globale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Ausnahmezustand sollte lebhaft und leidenschaftlich diskutiert werden.

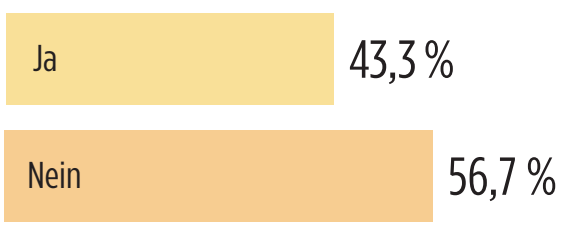
Neben dem Austausch und Diskurs spielt die Aufklärung im Kampf gegen Verschwörungstheorien eine entscheidende Rolle. Dazu möchte die Bildungsstätte Anne Frank mit ihrer virtuellen Ausstellung „matter of fact – Warum wir an Verschwörungstheorien glauben wollen“, in der aktuelles Wissen zum Thema gebündelt wird, einen Beitrag leisten. Im digitalen Ausstellungsraum treffen die Besucherinnen und Besucher auf sieben Expertinnen und Experten aus den Feldern Sozialpsychologie, Medizingeschichte, Kognitionswissenschaft, Sprachwissenschaft, Philosophie und Pädagogik, die in kurzen Videos prägnante Antworten auf die drängendsten Fragen rund um Verschwörungstheorien geben, zum Beispiel: Warum glauben Menschen an Verschwörungstheorien? Welche Muster sind charakteristisch für sie? Warum sind sie so gefährlich? Und wie können wir uns vor ihnen schützen – und ihnen entgegentreten? Die Videos werden durch Textbeiträge und Bildmaterial abgerundet. Die digitale Ausstellung wurde von Dr. Jadwiga Kamola kuratiert und kann kostenfrei abgerufen werden:

bsaf.info/MATTEROFFACT

FRAGE DES TAGES

Ist es richtig, dass Deutschland mehr Energie sparen will als andere Länder?

Weil Deutschland besonders von russischem Gas abhängig ist, sollen mehr als die vereinbarten 15 Prozent gespart werden.



Insgesamt 689 Teilnehmer (Auflösung der Frage vom Mittwoch, Ergebnis nicht repräsentativ)

Die **TED-Telefonnummern** für die aktuelle Umfrage von Seite 1 lauten:
für **Ja: 01379 79 00 81**, für **Nein: 01379 79 00 82**
Ihr Anruf wird bis heute, 18 Uhr, gezählt. Das Ergebnis der Umfrage erscheint in der nächsten Ausgabe. Ein Anruf aus dem Festnetz kostet 50 Cent. Mobilfunkpreise können abweichen.

DIE MEINUNG DER LESER

Realitätsferne Laienspieltruppe

Zu mehreren Berichten über den Taiwan-Besuch der amerikanischen Spitzenpolitikerin Nancy Pelosi.

Schon wieder tun sie es. Nach der Provokation des Ukraine-Krieges heizen die USA mit ihren Vasallen nun die Gefahr eines Krieges mit China bewusst an. Nach dem provokanten Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan jubeln unsere Kriegstreiber im Parlament, dass sie Taiwan auch besuchen wollen, darunter auch der osthessische Abgeordnete Michael Brand. Die USA und ihre Eliten verfolgen das geostrategische Ziel, zunächst die Welt zu destabilisieren, um als Weltpolizist ihre Vormachtstellung zu erhalten und zu verlängern, da sie am bevorstehenden Ende des herrschenden Schuldenzyklus' vor dem Niedergang stehen und ihren Machtverlust nicht akzeptieren wollen.

Es bleibt abzuwarten, wie unsere woke, queere, gegenderte und realitätsferne Laienspieltruppe, die sich Regierung nennt, China sanktionieren wird, wenn Taiwan angegriffen wird und wir im Gegenzug in der wirtschaftlichen Steinzeit landen. Dann werden zum Beispiel keine Solarpanele oder Medikamente mehr geliefert, denn diese werden mehrheitlich in China produziert. Schon lange wollte man die Unternehmen zurück nach Deutschland holen.

Wie, bitte schön, soll das gehen, wenn wir dafür keine gesicherte Energieversorgung mehr haben? Wie, bitte schön, wollen wir dann unsere Sozialsysteme samt Renten noch bezahlen? Wie, bitte schön, sollen die Massen an Flüchtlingen und Migranten noch bezahlt werden, deren Energiekosten, Miete oder GEZ nicht durch sie selbst, sondern durch die Bürger bezahlt werden, die ihre eigene Energierechnung nicht mehr zahlen können. Mittlerweile wird schon mal vorsorglich davor gewarnt, im Herbst zu protestieren, weil, man ahnt es schon, die Proteste angeblich durch Rechte, Querdenker und Reichsbürger und nicht durch Otto Normalverbraucher angeführt würden. Was für eine Realitätsferne dieser Laienspieltruppe.

Helmut Seifert
Eichenzell

leserbriefe @fuldaerzeitung.de